

„In der Depression wird die Lage der Staatskasse bestimmt sein durch rückgängige Steuereinnahmen, die dem sinkenden Einkommen der Steuerpflichtigen entsprechen, einerseits, durch mindestens gleichbleibende, wahrscheinlich aber steigende Ausgaben andererseits. [...] Daß die rigorose Defizitdeckung durch Steuererhöhung und Ausgabenkürzung die Depression vertieft und - falls nicht irgendeine von anderer Seite kommende Anregung der Konjunktur auf die Beine hilft - das Haushaltsdefizit immer von neuem erzeugt, haben eine Reihe europäischer Staaten in der Periode von 1930-1935 nacheinander erfahren müssen [...].“

Hans Gestrich, 1936 in *Neue Kreditpolitik*.¹

„Wir haben in Amerika das Bild, daß der Zinssatz für kurzfristiges Geld sehr niedrig geworden ist und haben trotzdem die Erscheinung, daß die Industrie von dieser Chance des billigen Geldes keinen Gebrauch macht. Warum tut sie das nicht? Das hat zwei Gründe. Einmal stellt sich für jeden Unternehmer in der amerikanischen Wirtschaft die Lage so dar, daß er 100 produziert und bloß 90 absetzt. Also das Bild, das wir bei uns haben. Der Markt nimmt nicht so viel auf, wie er jetzt noch produziert, und obwohl er seine Kapazität nicht ausgenutzt hat, sieht er sich in dem Versuch, sich durch fortschreitende Produktionsverringering dem Markt anzupassen, immer wieder reduziert. In einer solchen Lage würde der größte Teil der industriellen Unternehmer selbst bei einem niedrigen Zins von 1 Prozent als Anlagekredit von dieser Fazilität gar nicht Gebrauch machen.“

Wilhelm Lautenbach, 1931 auf der Geheimkonferenz der Friedrich List-Gesellschaft.²

Prüffeld USA 1929-1940

Franz Joachim Clauß erläutert innerhalb eines Teils seiner 1968 publizierten Schrift³ aus der saldenmechanischen Perspektive die *Veränderungen* und Zusammenhänge der sektoralen Salden (Staatshaushalt, Unternehmen, Verbraucher & Ausland) während der deflationären Weltwirtschaftskrise, der „Great Depression“. Exemplarische Auszüge finden sich unter freundlicher Genehmigung des Verlages [Duncker & Humblot](#) zum Zweck der Veröffentlichung auf [saldenmechanik.info](#) nachstehend wiedergegeben:

Die abnorme Saldenkonstellation der dreißiger Jahre ist nur von den Ausmaßen der Wirtschaftskrise her verständlich. So sehr diese Katastrophenjahre im Bewußtsein den Zeitgenossen bewußt geblieben sind: Die quantitativen Ausmaße des krisenhaften Schrumpfungsprozesses zwischen 1929 und 1932 bzw. 1933, aus dem allein die geschilderten Anomalien und ihre theoretischen und praktischen Konsequenzen verständlich sind, dürften heute weitgehend in Vergessenheit geraten sein. Daher sollen die folgenden ausgewählten Daten für die Vereinigten Staaten den allgemeinen volkswirtschaftlichen Hintergrund dieser Entwicklung beleuchten.

In den Hauptkrisenjahren zwischen 1929 und 1933 bzw. 1932 (den je nach statistischer Reihe verschiedenen Tiefpunkten des konjunkturellen Schrumpfungsprozesses) sank das reale *Brutto-Sozialprodukt* (zu konstanten Preisen) um mehr als 30%, das nominale Sozialprodukt (zu laufenden, d. h. hier sinkenden Preisen) sogar um 46%, ebenso das verfügbare Volkseinkommen pro Kopf. Das Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung verringerte sich bis 1932 um 64% (auf 36% des Standes von 1929) – die übrigen Selbständigeneinkommen um

¹ Hans Gestrich: *Neue Kreditpolitik*. Stuttgart und Berlin 1936 ([PDF](#); 652,3 KiB), S. 90.

² Knut Borchardt, Hans Otto Schötz (Hrsg.): *Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-)Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung*. Baden-Baden 1991, S. 94.

³ Franz Joachim Clauß: *Konjunktur und Neoklassik. Sparen und Investieren, öffentliche Haushalte und wirtschaftliches Wachstum in der konjunkturbewegten Volkswirtschaft (USA 1929-1967)*. Duncker & Humblot (siehe [Webshop](#)), Berlin 1968: Auszüge aus Kapitel II *Die öffentlichen Haushalte in ihrer Abhängigkeit von der konjunkturellen Saldenmechanik* (S. 68 ff), aus S. 95 ff (*Die Dimension des Abnormen: Daten zur Weltwirtschaftskrise*), aus S. 88 ff (*Die deflatorische Abnormalität: Die Saldenkonstellation in den dreißiger Jahren*) und aus S. 59 f (Fazit auf S. 8.).

64%. Der Rückgang der *Körperschaftsgewinne* läßt sich in Prozentzahlen gar nicht ausdrücken, weil es (bis 1932) ein Rückgang von +8,3 Mrd. auf -3,4 Mrd. \$ (Verluste) war.

Der private *Verbrauch* (nominal) sank um 41%, die Ausgaben für Konsumenten-Dauergüter sogar um 62% (auf 38% des Standes von 1929).

Rekord-Schrumpfungsraten finden wir bei den *Investitionen*: Die Ausgaben der Unternehmungen für Investitionen verringerten sich bis 1932 um nicht weniger als 94%, d. h. auf 5,6% des Standes von 1929, die Ausgaben für Bauten bis 1933 um 73% (auf 27% des Standes von 1929) Der Waren-Import verringerte sich um 67%, der Waren-Export um 69%.

Der Industrie-*Produktionsindex* zeigte einen Produktionsrückgang um 49% (bis 1932) an. Die Produktion von Dauergütern sank sogar um 68%, auf 32% des Standes von 1929.

Die *Erwerbslosenquote* insgesamt stieg von rund 3% bis 1933 auf fast 25% an, d. h. ein Viertel aller Arbeitswilligen waren arbeitslos!

Entwicklung des Sozialprodukts und der wichtigsten Komponenten, USA, 1929—1946

| | Brutto-Sozialprodukt | | Investitionen insgesamt | darunter Anlage-Investitionen | Privater Verbrauch | Staatsausgaben | Investitionsquote | Verbrauchsquote | Staatsquote |
|---|----------------------|---------------------|-------------------------|-------------------------------|--------------------|----------------|-------------------|-----------------|-------------|
| | real Pr. v. 1959 | nominal lfd. Preise | | | | | | | |
| | Mrd. \$ | Mrd. \$ | Mrd. \$ | Mrd. \$ | Mrd. \$ | Mrd. \$ | % | % | % |
| 1929 | 203,6 | 104,4 | 16,2 | 14,6 | 79,0 | 8,5 | 19,3 | 70,5 | 10,2 |
| 1930 | 184,3 | 91,1 | 10,3 | 10,6 | 71,0 | 9,2 | 14,4 | 73,2 | 12,4 |
| 1931 | 170,3 | 76,3 | 5,5 | 6,8 | 61,3 | 9,2 | 9,8 | 76,2 | 14,1 |
| 1932 | 144,8 | 58,5 | 0,9 | 3,5 | 49,3 | 8,1 | 3,0 | 81,4 | 15,8 |
| 1933 | 141,5 | 56,0 | 1,4 | 3,0 | 46,4 | 8,0 | 3,2 | 81,7 | 15,8 |
| 1934 | 155,1 | 65,0 | 2,9 | 4,0 | 51,9 | 9,8 | 5,3 | 78,5 | 16,5 |
| 1935 | 170,3 | 72,5 | 6,3 | 5,4 | 56,3 | 10,0 | 10,5 | 75,7 | 15,1 |
| 1936 | 194,5 | 82,7 | 8,4 | 7,4 | 62,6 | 11,8 | 12,1 | 73,6 | 15,5 |
| 1937 | 204,7 | 90,8 | 11,7 | 9,5 | 67,3 | 11,7 | 14,7 | 72,0 | 14,2 |
| 1938 | 195,3 | 85,2 | 6,7 | 7,6 | 64,6 | 12,8 | 8,9 | 74,2 | 16,4 |
| 1939 | 211,6 | 91,1 | 9,3 | 8,9 | 67,6 | 13,3 | 11,4 | 72,5 | 15,9 |
| 1940 | 229,9 | 100,6 | 13,2 | 11,0 | 71,9 | 14,1 | 14,1 | 70,3 | 15,1 |
| 1941 | 267,9 | 125,8 | 18,1 | 13,6 | 81,0 | 24,8 | 15,4 | 64,8 | 20,0 |
| 1942 | 305,0 | 159,1 | 9,9 | 8,1 | 89,7 | 59,7 | 7,0 | 56,5 | 37,5 |
| 1943 | 342,9 | 192,5 | 5,6 | 6,4 | 100,5 | 88,6 | 3,6 | 52,1 | 46,5 |
| 1944 | 367,7 | 211,4 | 7,1 | 8,2 | 109,8 | 96,5 | 3,9 | 50,4 | 47,9 |
| 1945 | 361,1 | 213,6 | 10,4 | 11,5 | 121,7 | 82,9 | 5,4 | 54,6 | 41,8 |
| 1946 | 316,2 | 210,7 | 28,1 | 21,7 | 147,1 | 30,5 | 15,0 | 68,1 | 15,5 |
| Veränderungen in % bzw. Prozentpunkten (bei den Quoten) | | | | | | | | | |
| 1929/33 | -30,5 | -46,4 | -91,4 | -79,5 | -41,3 | -5,9 | -16,1 | +11,2 | +5,5 |
| 1933/37 | +44,7 | +62,1 | +735,7 | +216,7 | +45,0 | +46,3 | +11,5 | -9,7 | -1,5 |
| 1938/41 | +37,2 | +47,7 | +170,1 | +78,9 | +26,8 | +93,8 | +6,5 | -9,4 | +3,6 |
| 1941/43 | +28,0 | +53,0 | -69,1 | -52,9 | +22,7 | +257,3 | -11,8 | -12,7 | +26,5 |

Quelle: U. S. Department of Commerce.

Das Konsumenten-Preisniveau sank um rund 25% (Nahrung: -36%, Mieten: -33%), das Großhandels-Preisniveau um 32% (Agrarprodukte: -54%, Industrieprodukte: -23%).

Die einzig positive Veränderung entstand in der Zahlungsbilanz: Vor allem durch den Rückgang des Kapitalexports entstand erheblicher Zustrom an Goldreserven.

Das ganze *historische Ausmaß der Weltwirtschaftskrise* wird deutlicher, wenn man an Hand langfristiger Entwicklungsdaten erkennen kann, um wie viele Jahrzehnte die Produktion in hochentwickelten Ländern zurückgefallen war. So ist z. B. aus Spiethoffs „Langen statistischen Reihen“⁴ zu entnehmen, daß in den Vereinigten Staaten die Roheisenproduktion von über 43 Mill. Tonnen im Jahre 1929 bis 1932 auf 8,9 Mill. Tonnen, also auf etwa ein Fünftel des Wachstumshöhepunktes, sank. Man muß bis in das (ebenfalls konjunkturell schlechte) Jahr 1896 (=8,8 Mill. t), also *dreieinhalb Jahrzehnte zurückgehen, um einen ähnlich tiefen Produktionsstand zu finden* (schon 1890 waren erstmalig 9,4 Mill. t erreicht worden). – Im Deutschen Reich sank die Roheisenerzeugung von 13,2 Mill. t (1929) auf 3,9 Mill. t (1932), d. h. auf den Entwicklungsstand von 1887

⁴ Arthur Spiethoff: *Die wirtschaftlichen Wechsellagen, II, lange statistische Reihen über die Merkmale der wirtschaftlichen Wechsellagen.* (Tübingen 1955), Tafeln 1 und 20.

(4 Mill. t). Der Eisenverbrauch je Kopf sank von 162 kg im Jahre 1927 (bis 1929 schon ein Rückgang auf 114 kg) bis 1931 auf 15,5 kg, also auf weniger als ein Zehntel – das war der *Entwicklungsstand von 1854* (15,4 kg).

Die deflatorische Abnormität: Die Saldenkonstellation in den 1930er Jahren

Die Tatsache ununterbrochener, relativ stetiger Einnahmen-Überschüsse der privaten Haushalte und ausnahmsloser Ausgaben-Überschüsse der privaten Unternehmungen muß aus der Perspektive unserer Zeit als eine Art „strukturelle Gegebenheit“ erscheinen. Aus der bloßen Kenntnis der Nachkriegsdaten entsteht der unvermeidliche Eindruck, als ob sich die konjunkturellen Faktoren immer nur in den Schwankungen der Salden, des *Ausmaßes* des privaten Sparens und der fremdfinanzierten Investitionen ausdrücken.

Die Entwicklung in den elf Jahren zwischen dem Beginn der Weltwirtschaftskrise [1929] und dem Kriegseintritt [WK 2] der Vereinigten Staaten läßt jedoch erkennen, daß dies nicht der Fall ist, daß zumindest von einer *institutionellen* Gegebenheit nicht die Rede sein kann. In fünf von diesen elf Jahren (1932/33/34/35 und 1938) entstanden im Sektor „private inländische Unternehmungen“ zum großen Teil erhebliche Einnahmen-Überschüsse. *Die privaten Unternehmungen hatten also in diesen fünf Krisenjahren noch nicht einmal in Höhe der nichtausgeschütteten Brutto-Gewinne investiert.* Sie hatten insgesamt, als Gruppe „gespart“ – ein außergewöhnliches Krisensymptom! Ausgaben-Überschüsse entstanden im Sektor „private Unternehmungen“ überhaupt nur in sechs der genannten elf Jahre (1930 und 1931, 1936 und 1937, 1939 und 1940). Das heißt: nur in wenig mehr als der Hälfte dieser Jahre zwischen Krise und Krieg nahmen die privaten Unternehmungen überhaupt Investitionskredite auf, teilweise auch da nur in sehr geringem Umfang. Und nur in vier von diesen sechs Jahren entstanden die Ausgaben-Überschüsse unter halbwegs normalen Bedingungen: Nur in den wenigen Jahren einer gewissen konjunkturellen Erholung – 1936 und 1937, sowie in den zwei Jahren vor dem Kriegseintritt der USA – erhöhten die privaten Unternehmungen ihre Investitionsausgaben stärker als ihre Gewinne. Dagegen kamen in zwei der genannten sechs Jahre, in den ersten beiden Krisenjahren 1930 und 1931, die (relativ geringfügigen) Ausgaben-Überschüsse der privaten Unternehmungen unter gänzlich abnormen Bedingungen zustande: Die Gewinn-Einnahmen der Unternehmungen sanken schneller als ihre Investitionsausgaben obwohl diese sich von 1929 bis 1931 auf rund ein Drittel (von 16,2 auf 5,5 Mrd. \$) verringerten! Erst ab 1932, nachdem die Unternehmungen sich mit ihrer Investitionstätigkeit radikal der kumulativ schrumpfenden Absatzentwicklung angepaßt hatten und die Investitionsausgaben auf 0,9 Mrd. \$ – also auf ein Achtzehntel bzw. 5,5% des Standes von 1929! – gesunken waren, lagen die Investitionsausgaben vier Jahre lang hintereinander unter den Einnahmen aus nichtausgeschütteten Gewinnen.

Tabelle 5: Einnahmen und Ausgaben der Wirtschaftssektoren in den USA (1929–1945)
(Jahreswerte in Mrd. \$ *)

| Einnahmen (E) bzw. Ausgaben (A): | 1929 | 1930 | 1931 | 1932 | 1933 | 1934 | 1935 | 1936 | 1937 | 1938 | 1939 | 1940 |
|--|--|-------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|-------|
| <i>der privaten Haushalte (H)</i> | | | | | | | | | | | | |
| (a) Verfügbare private Einkommen E_H | 83,1 | 74,4 | 63,8 | 48,7 | 45,7 | 52,0 | 58,3 | 66,2 | 71,0 | 65,7 | 70,4 | 76,1 |
| (b) Private Verbrauchsausgaben A_H | 79,0 | 71,0 | 61,3 | 49,3 | 46,4 | 51,9 | 56,3 | 62,6 | 67,3 | 64,6 | 67,6 | 71,9 |
| (c = a - b) E-Üsch. = priv. Sparen (+) A-Üsch. = Entsparen (-) | $S_H = E_H - A_H$ +4,2 | +3,4 | +2,5 | -0,6 | -0,6 | +0,1 | +2,0 | +3,6 | +3,7 | +1,1 | +2,9 | +4,2 |
| <i>der priv. inländ. Wirtschaft (Unternehmungen) (U)</i> | | | | | | | | | | | | |
| (d) Brutto-Gewinne (Selbstfinanz.) ^b E_U | 11,5 | 8,8 | 5,2 | 2,7 | 2,6 | 4,9 | 6,3 | 6,5 | 7,8 | 7,8 | 8,3 | 10,4 |
| (e) Brutto-Inlandsinvestitionen A_U | 16,2 | 10,3 | 5,5 | 0,9 | 1,4 | 2,9 | 6,3 | 8,4 | 11,7 | 6,7 | 9,3 | 13,2 |
| (f = d - e) E-Üsch. = Untern.-Sparen (+) A-Üsch. = fremdfinanz. Invest. (-) | $S_U = E_U - A_U$ $I_U = E_U - A_U$ | -4,7 | -1,5 | -0,3 | +1,8 | +1,2 | +2,0 | +0,1 | -1,9 | -4,0 | +1,2 | -2,8 |
| <i>des priv. inländ. Sektors (Haush. und Unternehmung.) (P)</i> | | | | | | | | | | | | |
| (g = c + f) E-Üsch. = Spar-Üsch. (+) bzw. Inv.-Lücke A-Üsch. = Inv.-Üsch. (-) bzw. Spar-Lücke | $S_P = S_H + S_U$ $I_P = S_H + I_U$ | -0,5 | +1,9 | +2,2 | +1,2 | +0,6 | +2,1 | +2,1 | +1,7 | -0,3 | +2,3 | +1,4 |
| <i>des Auslandes (A)</i> | | | | | | | | | | | | |
| (h) Export X | 7,0 | 5,4 | 3,6 | 2,5 | 2,4 | 3,0 | 3,3 | 3,5 | 4,6 | 4,3 | 4,4 | 5,4 |
| (i) Import M | 6,3 | 4,8 | 3,4 | 2,3 | 2,3 | 2,5 | 3,3 | 3,6 | 4,5 | 3,2 | 3,5 | 3,8 |
| (j = h - i) Netto-Export $A_A = X - M$ | +0,8 | +0,7 | +0,2 | +0,2 | +0,2 | +0,4 | -0,1 | -0,1 | +0,1 | +1,1 | +0,9 | +1,5 |
| (k) Netto-Transfer der Reg. E_A | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| (l = k - j) E-Übersch. = Transfer-Übersch. (+) A-Übersch. = Export-Übersch. (-) | $S_A = E_A - A_A$ | -0,8 | -0,7 | -0,2 | -0,2 | -0,2 | +0,1 | +0,1 | -0,1 | -1,1 | -0,9 | -1,5 |
| <i>der gesamten Wirtschaft ohne öff. Haushalte (W)</i> | | | | | | | | | | | | |
| (m = g + l) E-Übersch. = priv. wirtsch. Spar-Üsch. (+) A-Übersch. = Invest.-Übersch. (-) | $S_W = S_P + S_A$ | -1,3 | +2,2 | +2,0 | +1,0 | +0,4 | +1,7 | +2,2 | +1,8 | -0,4 | +1,2 | -0,1 |
| <i>der öffentl. Haushalte (Bund, Staaten, Gemeinden) (Ö)</i> | | | | | | | | | | | | |
| (n) Netto-Einnahmen ^a E_O | 9,5 | 8,9 | 6,4 | 6,4 | 6,7 | 7,4 | 8,0 | 8,9 | 12,3 | 11,2 | 11,2 | 13,3 |
| (o) Netto-Ausgaben für Güter und Dienste A_O | 8,5 | 9,2 | 9,2 | 8,1 | 8,0 | 9,8 | 10,0 | 11,8 | 11,7 | 12,8 | 13,3 | 14,1 |
| (p = n - o) E-Übersch. (+) bzw. A-Übersch. (-) | $S_O = E_O - A_O$ | +1,0 | -0,3 | -2,8 | -1,7 | -1,4 | -2,4 | -2,0 | +0,6 | -1,6 | -2,1 | -0,7 |
| (q) Statistische Diskrepanz | +0,3 | -1,0 | +0,8 | +0,8 | +0,9 | +0,7 | -0,2 | +1,1 | -0,2 | +0,5 | +1,2 | +0,8 |
| (r) Brutto-Sozialprodukt (a + d + k + n + q = b + e + j + o) | $Y = E_H + E_U + E_A + E_O + q$ $= A_H + A_U + A_A + A_O$ | 104,4 | 91,1 | 76,3 | 58,5 | 56,0 | 65,0 | 72,5 | 82,7 | 90,8 | 85,2 | 100,6 |

^a) Differenzen durch Rundung bedingt. — ^b) Abschreibungen u. a. Rücklagen, unverteilte Gewinne und Lagerwertberichtigungen der Kapitalgesellschaften (unverteilte Gewinne der Personalsparungen usw.

Quelle: U. S. Department of Commerce.

Substanzverzehr einer Volkswirtschaft

Es war für die schwerste Krisenzeit der neueren Wirtschaftsgeschichte ebenso symptomatisch, daß in den zwei schlimmsten Krisenjahren 1932 und 1933 – als in den Vereinigten Staaten 24 bzw. 25% der zivilen Erwerbepersonen arbeitslos waren – die Einkommen der privaten Haushalte schneller sanken als deren (Verbrauchs-)Ausgaben, die privaten Einkommensbezieher als Gruppe also „entsparten“. Die „negative Sparung“ erreichte zwar nur ein geringes Ausmaß (jeweils etwas mehr als 1% des verfügbaren Gesamteinkommens), weil das kumulative Absinken der Verbrauchsausgaben der Schrumpfung des Volkseinkommens unmittelbar folgte. (In den unteren Gesellschaftsschichten, die durch die Krise am härtesten getroffen wurden, waren die finanziellen Reserven am geringsten, so daß in der Gesamtheit für Entsparen wenig Raum war.) *Gleichwohl haben wir in diesen Jahren immerhin einen jener seltenen Fälle der Konjunkturgeschichte vor uns, in welchem im Sektor „private Haushalte“ Ausgaben-Überschüsse entstanden, d. h. die privaten Einkommensbezieher als Gesamtheit drei Jahre lang fast keine Geldvermögen bildeten, ja dieses sogar verminderten!*

Nichts kennzeichnet das wohl schlechteste Jahrzehnt der neueren Wirtschaftsgeschichte der Vereinigten Staaten und der gesamten westlichen Welt besser als dieser Mangel an jeglicher normaler wirtschaftlicher Aktivität bzw. Ausgabentätigkeit der Investoren und Konsumenten. *Die Investitionsquote, der Anteil der privatwirtschaftlichen Investitionen am Bruttosozialprodukt war von rund 19% im Jahre 1929 auf 3% im Jahre 1933 gesunken!* Allein daraus ist der Anstieg der Staatsquote (des Anteils der Ausgaben von Bund, Staaten und Gemeinden am Bruttosozialprodukt) von rund 10% (1929) auf knapp 16% – trotz Schrumpfung der absoluten Staatsausgaben! – zu verstehen; ebenso der noch stärkere Anstieg der Verbrauchsquote, des Anteils der privaten Verbrauchsausgaben von 71 auf 81%, trotz Schrumpfung der absoluten Verbrauchsausgaben von 79 auf rund 46 Mrd. \$!

Dieses Beispiel läßt erkennen, daß Anteilsziffern der privaten und staatlichen Ausgaben bei so starken konjunkturellen Veränderungen ein gänzlich falsches Bild geben. *Da in Quotenrechnungen die Höhe bzw. Veränderung jeder Quote von der jeder anderen abhängig ist, täuschen sie oft rein rechnerische bzw. statistisch bedingte Veränderungen oder Entwicklungsprozesse vor, die in den absoluten Daten sogar umgekehrt verlaufen können.* Daher hatte auch der Anstieg der Staatsquote (im Gegensatz zur Entwicklung der Staatsausgaben selbst) bis 1933 *rein konjunkturelle Ursachen*, d. h. er war durch die konjunkturellen Einflüsse auf die arithmetische „Quotenmechanik“ bedingt, wie sie bei Anteilsrechnungen sehr häufig im Spiel ist.

Diese quotenmechanischen Faktoren spielten auch in den folgenden Jahren noch eine gewisse Rolle. Im Vergleich von 1933 mit 1939 beispielsweise steht die fast gleichbleibende Staatsquote in starkem Kontrast zum Anstieg der absoluten Staatsausgaben um 56%. – Es darf also nicht übersehen werden, daß sich bei weniger ungünstiger Entwicklung der Investitionen und der Investitionsquote die Staatsquote schon aus quotenmechanischen Gründen weniger stark erhöht haben würde – ganz abgesehen davon, daß bei günstigerer Investitions- und allgemeiner Wirtschaftsentwicklung ein Anstieg der Staatsausgaben (und der Staatsquote) in diesem Ausmaß gar nicht notwendig gewesen wäre. – Diese einschränkenden Gesichtspunkte haben eine nicht unwesentliche Bedeutung für das vielzitierte „Gesetz der steigenden Staatsausgaben“ (insbesondere unter Roosevelts „New Deal“). Sie sollen hier nicht unerwähnt bleiben, zumal sie natürlich auch für unsere Zeit eine große Rolle spielen. Denn auch heute muß der Staatsanteil an den Gesamtausgaben bzw. am Sozialprodukt um so schneller zunehmen, je geringer die Expansion im privaten Wirtschaftssektor ist und je größer zur Vermeidung konjunktureller oder krisenhafter Rückschläge der Bedarf an Nachfragezuwachs bzw. Ausgabenzuwachs seitens der öffentlichen Hand ist. – Wir werden auf diesen Kernpunkt der ganzen konjunkturpolitischen Debatte später (VII) noch zurückkommen.

Allgemeine Folgerungen aus der deflatorischen Situation: Haushaltsgleich als Utopie

Gegenüber der kumulativen Schrumpfung der privatwirtschaftlichen Gesamtnachfrage, die zu einem Rückgang des realen privatwirtschaftlichen Brutto-Sozialprodukts⁵ um ein Drittel (33%) führte, waren die Staatsausgaben noch ein relativ stabiler Faktor. Zwar schrumpften die Ausgaben der Staaten und Gemeinden für Güter und Dienste um 17%, die Ausgaben der Bundesregierung nahmen jedoch stetig zu. Bei dem damals sehr geringen Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt (Bund, Länder und Gemeinden insgesamt rund 8%, Bundesausgaben 1,2% gegen 17 bzw. 11% im Jahre 1962) fiel allerdings auch die Zunahme um etwa die Hälfte nicht sehr ins Gewicht. Immerhin lohnt es, sich vorzustellen, auch die Bundesregierung hätte sich an die – damals noch mehr als heute herrschenden – Regeln klassischer Fiskalpolitik gehalten, wonach der Staatshaushalt unter allen Umständen auszugleichen sei. Da die Einnahmen des amerikanischen Bundeshaushalts von 1929 bis 1932 auf etwa die Hälfte (von 3,9 auf 1,9 Mrd. \$) zurückgingen, hätten die Ausgaben von 3,1 auf 1,9 Mrd. \$ gesenkt werden müssen, was einen zusätzlichen Ausfall an Kaufkraft von 1,2 Mrd. \$ bedeutet hätte. Verglichen mit den Größenordnungen der

⁵ „Gross private product“ nach National Planning Association. Rückgang des Brutto-Sozialprodukts insgesamt (Gross national product) in der gleichen Zeit real um 31%, nominal um 46%.

volkswirtschaftlichen Gesamtkaufkraft (Sozialprodukt, Volkseinkommen, private Verbrauchs- und Investitionsausgaben usw.) erscheint dieser zusätzliche Deflationsbetrag geringfügig. Es dürfen dabei jedoch die indirekten psychologischen Wirkungen nicht übersehen werden, die auch damals weit über die relativ geringen direkten saldenmechanischen Wirkungen hinausgingen – ganz abgesehen von den kreislaufmäßigen „Multiplikatorwirkungen“. Heute wären in der gleichen Situation auch die *direkten* Auswirkungen wesentlich größer: Wenn die Bundeseinnahmen des Fiskaljahres 1966 (rund 105 Mrd. \$) auf weniger als die Hälfte schrumpfen würden (wie 1930 bis 1932) und das Prinzip des Haushaltsausgleichs aufrecht erhalten werden sollte, so müßten die Bundesaussgaben von 107 Mrd. auf rund 53 Mrd., also um 54 Mrd. \$ gesenkt werden. – Der Verteidigungshaushalt machte allein 58 Mrd. \$ aus!

Es bedarf somit keiner Frage, daß das Prinzip des Haushaltsausgleichs heute bei einer deflationären Entwicklung wie der der dreißiger Jahre noch viel weniger durchführbar wäre als bei dem damaligen geringen Anteil der Staatsausgaben.

Damals waren (wie aus der vorstehenden Tabelle und Grafik zu ersehen ist) bis 1930 die Bundeseinnahmen vorerst weiter angestiegen (1930 gegen 1929 um 5%, infolge der etwa ebenso hohen Zunahme des Volkseinkommens), so daß sich bis 1930 Budget-Überschüsse ergaben. Erst ab 1931 sanken die Bundeseinnahmen, während die Ausgaben aufgrund zunehmender Soziallasten stiegen. In den Jahren 1932 bis 1934 waren die Budgetdefizite größer als die gesamten Einnahmen! Im schlimmsten Krisenjahr 1932 beispielsweise waren die Einnahmen auf 1,9 Mrd. gesunken, die Ausgaben aber auf 4,7 Mrd. \$ gestiegen, so daß sich ein Defizit von 2,7 Mrd. \$ ergab⁶.

Die Ausgaben der Bundesregierung zur Krisenbekämpfung und Arbeitslosenunterstützung erreichten, wie die folgende Zusammenstellung⁷ erkennen läßt, bis 1934 mehr als die Hälfte der gesamten Bundesaussgaben.

Krisenbekämpfungs- und Unterstützungsausgaben des Bundes

| Jahr | 1933 | 1934 | 1935 | 1936 | 1937 | 1938 | 1939 |
|--|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Gesamtausgaben des Bundes (in Mill. \$) | 5 143 | 7 105 | 7 583 | 9 069 | 8 546 | 7 691 | 9 268 |
| Krisenbekämpfungs- und Unterstützungsausgaben (in Mill. \$) | 1 277 | 4 002 | 3 368 | 3 441 | 3 073 | 2 237 | 3 105 |
| in % der Gesamtausgaben | 24,8% | 56,3% | 44,4% | 37,9% | 35,9% | 29,0% | 33,5% |
| Direkte Unterstützungen (in Mill. \$) | 38 | 1 844 | 2 348 | 985 | 78 | 7 | 2 |
| in % der Gesamtausgaben | 0,7% | 25,9% | 30,9% | 10,8% | 0,9% | 0% | 0% |
| Öffentliche Arbeiten, inkl. „Work Relief“ (in Mill. \$) | — | 642 | 816 | 2 048 | 2 637 | 1 814 | 2 846 |
| in % der Gesamtausgaben | — | 9,0% | 10,7% | 22,5% | 30,8% | 23,5% | 30,7% |

Quelle: Statistical Abstract of the United States, 1940, p. 170.

Im Licht der saldenmechanischen Tatbestände liegen die Dinge also genau umgekehrt, als sie sich im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit darstellen, in welchem das Prinzip des ständigen Haushaltsausgleichs noch immer als Grundsatz jeder „seriösen Finanzpolitik“ fungiert:

Die Idee einer „antizyklischen Fiskalpolitik“, die nur auf *langfristigen* Haushaltsausgleich ausgerichtet ist, d. h. bei Abschwächung der privatwirtschaftlichen Aktivität Haushaltsdefizite hinnimmt, um sie erst im konjunkturellen Aufschwung durch Haushaltsüberschüsse zu kompensieren, erscheint der öffentlichen Meinung entweder als unseriös, „inflationistisch“ oder als fixe Idee spekulativer Theoretiker.

Bei Berücksichtigung des historischen Anschauungsmaterials verhält es sich genau umgekehrt: Das Prinzip des sofortigen Haushaltsausgleichs erweist sich dann als bloße denktheoretische Maxime, als allzu leicht hingeschriebener Lehrsatz, der bei Abschwächung der privatwirtschaftlichen Aktivität und ernsthaften konjunkturellen Rückschlägen – nicht nur bei Deflationen, sondern schon bei fühlbaren Rezessionen – gänzlich undurchführbar wird. Allgemeiner ausgedrückt: *Die Durchführbarkeit dieses Prinzips hängt ausschließlich vom*

⁶ Differenz durch Rundung bedingt.

⁷ Nach B. Fritsch: *Geschichte und Theorie der amerikanischen Stabilitätspolitik 1933-1939/1946-1953*, S. 94.

Grad der konjunkturellen privatwirtschaftlichen Aktivität ab, nicht von der Richtigkeit irgendwelcher Lehrmeinungen über „seriöse“ oder „unseriöse“ Finanzpolitik.

In der nachfolgenden Tabelle 7 sind die Salden-Konstellationen dieser so lehrreichen, wirtschaftsgeschichtlichen Epoche noch einmal so zusammengestellt, daß die Unterschiede zwischen expansiver und kontraktiver Konjunktorentwicklung deutlich hervortreten: Die Folgen expansiver Entwicklung (1929 und 1937) waren Ausgaben-Überschüsse (Investitions-Überschüsse) der privaten inländischen Wirtschaft und Einnahme-Überschüsse der öffentlichen Haushalte. In den übrigen Jahren, nämlich 1930 bis 1939 (außer 1937) waren hohe öffentliche Haushaltsdefizite die komplementären Folgen hoher Einnahmen- bzw. Spar-Überschüsse im privaten inländischen Sektor der amerikanischen Wirtschaft.

Von daher ist es verständlich, wenn die „Stabilisierungsfunktion“ der öffentlichen Haushalte durch die Krise der dreißiger Jahre stark in den Vordergrund gerückt wurde – soweit, daß in manchen akademischen Kreisen die fiskalpolitischen Probleme fast nur noch aus diesem Gesichtswinkel beurteilt wurden. Nach Meinung der Kritiker dieser Richtung sind in manchen Schulen der funktionalen Finanzpolitik⁸ die ursprünglichen und eigentlichen Aufgaben der öffentlichen Hand, die in der Deckung der kollektiven Bedürfnisse liegen („Dienstleistungsfunktion“), kaum noch beachtet werden.

Tabelle 7: Die deflatorischen und inflatorischen Salden-Konstellationen
Jährliche Salden in Mrd. \$ (1929—39)

| Salden-Konstellation | Jahre | Private Haushalte (H) | Unternehmungen (U) | Priv. inländ. Wirtschaft (P) | Ausland (A) | Ges. Wirtsch. ohne öff. H. (W) | Öffentliche Haushalte (Ö) | Stat. Diskrepanz |
|----------------------|--------------------|----------------------------------|---|---------------------------------------|--|--|------------------------------|------------------|
| | | E-Übersch. = private Sparung (+) | A-Übersch. = fremdfinanzierte Invest. (-) | Spar- (+) bzw. Investit.-Übersch. (-) | E-Üsch. (+) = Transf. Üsch. A-Üsch. (-) = Export-Üsch. | ges. wirtsch. Spar-Üsch. (+) bzw. Inv.-Üsch. (-) | E-Üsch. (+) bzw. A-Üsch. (-) | |
| P/A/Ö a) | | (c = a - b) | (f = d - e) | (g = c + f) | (l = k - j) | (m = g + i) | (p = n - o) | (q) |
| - - + | 1929 | +4,2 | -4,7 | -0,5 | -0,8 | -1,3 | +1,0 | +0,3 |
| + - - | 1930 | +3,4 | -1,5 | +1,9 | -0,7 | +1,2 | -0,3 | -1,0 |
| + - - | 1931 | +2,5 | -0,3 | +2,2 | -0,2 | +2,0 | -2,8 | +0,8 |
| + - - | 1932 | -0,6 | +1,8 | +1,2 | -0,2 | +1,0 | -1,7 | +0,8 |
| + - - | 1933 | -0,6 | +1,2 | +0,6 | -0,2 | +0,4 | -1,4 | +0,9 |
| + - - | 1934 | +0,1 | +2,0 | +2,1 | -0,4 | +1,7 | -2,4 | +0,7 |
| + + - | 1935 | +2,0 | +0,1 | +2,1 | +0,1 | +2,2 | -2,0 | -0,2 |
| + + - | 1936 | +3,6 | -1,9 | +1,7 | +0,1 | +1,8 | -3,0 | +1,1 |
| - - + | 1937 | +3,7 | -4,0 | -0,3 | -0,1 | -0,4 | +0,6 | -0,2 |
| + - - | 1938 | +1,1 | +1,2 | +2,3 | -1,1 | +1,2 | -1,6 | +0,5 |
| + - - | 1939 | +2,9 | -1,0 | +1,9 | -0,9 | +1,0 | -2,1 | +1,2 |
| | 1930—39 (Jahres-D) | +18,1 +1,8 | -2,4 -0,2 | +15,7 +1,6 | -3,6 -0,4 | +12,1 +1,2 | -16,7 -1,7 | +4,6 +0,5 |
| + - - | 1940 | +4,2 | -2,8 | +1,4 | -1,5 | -0,1 | -0,7 | +0,8 |
| + - - | 1941 | +11,1 | -6,6 | +4,5 | -1,1 | +3,4 | -3,8 | +0,4 |
| + + - | 1942 | +27,8 | +4,3 | +32,1 | +0,2 | +32,3 | -31,4 | -0,8 |
| + + - | 1943 | +33,0 | +10,7 | +43,7 | +2,2 | +45,9 | -44,2 | -1,7 |
| + + - | 1944 | +36,9 | +10,1 | +47,0 | +2,1 | +49,1 | 51,9 | +2,8 |
| + + - | 1945 | +28,7 | +5,2 | +33,9 | +1,4 | +35,3 | -39,7 | +4,5 |
| | 1940—45 (Jahres-D) | +141,7 +23,8 | +20,9 +3,5 | +162,6 +27,3 | +3,3 +0,6 | +165,9 +27,6 | -171,7 -28,8 | +6,0 +1,0 |

a) Salden-Konstellation im privaten (P), Auslands- (A) und öffentlichen (Ö) Sektor (Spalten g, l, p). — Vgl. auch Tab. 5.
Quelle: U. S. Department of Commerce.

⁸ Vgl. Abba P. Lerner: *Functional Finance and the Federal Debt*, Nachdruck in A. Smithies und J. K. Butters (Hrsg.): *Readings in Fiscal Policy* (Home wood, Ill., USA, 1955) und derselbe: *Economics of Employment* (New York 1951).

Fazit⁹

Mit der allgemeinen Veränderung der soziologischen und sozialpolitischen, wirtschaftswissenschaftlichen und politischen Verhältnisse mußten sich auch in der „Prosperitätsfrage“ die allgemeinen Bewertungsmaßstäbe verändern. Es würde hier zu weit führen, diese soziologischen Wandlungen in extenso darzustellen. Ihre wichtigsten Ursachen liegen in einem allgemeinen Stilwandel des sozialökonomischen Denkens: Allmählich wurde die Erkenntnis zur herrschenden Meinung, daß konjunkturelle Krisenzyklen keine „naturnotwendigen“ Erscheinungen sein müssen, daß eine gesunde Wirtschaftsentwicklung auch ohne „Reinigungskrisen“ möglich ist. Die Weltwirtschaftskrise mit ihren astronomischen Arbeitslosenziffern hatte der Fachwelt endgültig gezeigt, daß die Reinigungskrisen-Theorien¹⁰ zu größten und folgenschwersten Verwirrungen des nationalökonomischen Denkens überhaupt geführt hatten. Selbst die leidenschaftlichsten Anhänger dieser Lehrmeinungen konnten nach dieser Erfahrung nicht mehr glaubhaft machen, wie man die langjährigen Arbeitslosenheere dieser Zeit und ihre schlimmen politischen Folgen – vor allem in Deutschland als „Reinigungsprozeß“ verstehen sollte.

Arbeitslosigkeit in der „guten alten Zeit“ und heute in den USA
(Erwerbslose in % des zivilen Arbeitspotentials a))

| Jahr | in % | Jahr | in % | Jahr | in % |
|------|------|------|------|------|------|
| 1900 | 5,0 | 1923 | 3,2 | 1943 | 1,9 |
| 1901 | 2,4 | 1924 | 5,5 | 1944 | 1,2 |
| | | 1925 | 4,0 | 1945 | 1,9 |
| 1904 | 4,8 | 1926 | 1,9 | 1949 | 5,9 |
| | | 1927 | 4,1 | | |
| 1906 | 0,9 | 1928 | 4,4 | 1953 | 2,9 |
| | | 1929 | 3,2 | 1954 | 5,6 |
| 1908 | 8,5 | 1930 | 8,7 | 1955 | 4,4 |
| 1909 | 5,2 | 1931 | 15,9 | 1956 | 4,2 |
| | | 1932 | 23,6 | 1957 | 4,3 |
| 1911 | 6,2 | 1933 | 24,9 | 1958 | 6,8 |
| | | 1934 | 21,7 | 1959 | 5,5 |
| 1913 | 4,4 | 1935 | 20,1 | 1960 | 5,6 |
| 1914 | 8,0 | 1936 | 16,9 | 1961 | 6,7 |
| 1915 | 9,7 | 1937 | 14,3 | 1962 | 5,5 |
| | | 1938 | 19,0 | 1963 | 5,7 |
| 1918 | 1,4 | 1939 | 17,2 | 1964 | 5,2 |
| | | 1940 | 14,6 | 1965 | 4,5 |
| 1921 | 11,9 | 1941 | 9,9 | 1966 | 3,8 |
| 1922 | 7,6 | 1942 | 4,7 | 1967 | 3,8 |

a) Die Auswahl der Daten erfolgte teilweise nach konjunkturellen Höhe- und Tiefpunkten.

Quelle: Department of Commerce und National Planning Association, Washington.

⁹ Auszug aus S. 59 f (nur hier als *Fazit*), Tabelle entspricht Tabelle 1 aus S. 60 in: *Konjunktur und Neoklassik. Sparen und Investieren, öffentliche Haushalte und wirtschaftliches Wachstum in der konjunkturbewegten Volkswirtschaft (USA 1929-1967)*. Duncker & Humblot, Berlin 1968.

¹⁰ Jene „Reinigungstheoreme“ erinnern – jedenfalls teilweise – auch heute (2014) noch an „Marktbereinigung“, „Strukturwandel“ (siehe auch [Jahresgutachten des Sachverständigenrats 2013/2014](#) [PDF], S. 218.), „Strukturanpassungsprogramme“ durch IWF, Weltbank (siehe auch [PDF](#)), etc. [Anm. C.G.BRANDSTETTER].

„Die eine dieser Theorien, die sogenannte monetäre Konjunkturtheorie, sieht in der Kredit- und Geldpolitik die bestimmende Ursache und den zureichenden Grund für das Auf und Ab der Konjunktur und erblickt demzufolge in der Kreditverknappung den Grund für die Depression und ihre fortwährende Verschärfung; die andere Theorie erklärt die Krise und die Depression mit einer Disproportionalität in der Produktion, das soll heißen, daß die einzelnen Produktionen in ihrem Umfang und ihren Kosten nicht harmonisch aufeinander abgestimmt seien, wobei man sich im allgemeinen vorstellt, daß durch verfehlte Investitionen zunächst größere Teilkrisen in bestimmten Branchen hervortreten, die dann ausstrahlen auf die Gesamtwirtschaft und allgemein zu einer Lähmung und Versackung führen. Beide Auffassungen scheinen in einem grundsätzlichen Gegensatz zueinander zu stehen, der besonders in den praktischen Folgerungen zutage tritt. Für die Disproportionalitäts-Theorie bedeutet die Krise und die Depression nichts als einen großen Reinigungsprozeß, vergleichbar mit dem Fieber eines Kranken, und ihre Vertreter halten demzufolge grundsätzlich jede konjunkturpolitische Maßnahme für eine Kur an Symptomen, die dem wirklichen Reinigungsprozeß und der wirklichen Gesundung Abbruch tut. Im Gegensatz dazu erblicken die Anhänger der monetären Konjunkturtheorie wenigstens zu einem großen Teil in rein kreditpolitischen Maßnahmen zur Verbilligung und Vermehrung des Kredits einen Ausweg aus der Krise. Andere allerdings, insbesondere die führenden Vertreter der sogenannten *Wiener Schule* lehnen diese Konsequenz ab; sie machen lediglich eine verfehlte Kreditexpansion während der steigenden Konjunktur für die Krise verantwortlich und sehen in der Depression eine bewußte Kreditausdehnung als fehlerhaft an.“

Wilhelm Lautenbach im Dezember 1931
bei einem Vortrag auf der Technischen
Hochschule Berlin-Charlottenburg.¹¹

„Wenn in den Jahren 1931/1932 durch die Gegner aktiver Konjunkturpolitik immer ins Feld geführt worden ist, durch ein Laufenlassen der Krise müßte die Wirtschaft von schwachen und leistungsunfähigen Unternehmungen „gereinigt“ werden, so hat die Erfahrung gezeigt, daß die Krisis selbst immer mehr Unternehmungen schwach gemacht hat. Die „Leistungsunfähigkeit“ bestand mehr und mehr lediglich in dem Vorhandensein von Schulden, die bei fallenden Umsätzen und Preisen gleich hoch blieben. Die Finanzierung mit Fremdkapital ist aber gerade in der modernen Wirtschaft noch kein Kriterium der Untüchtigkeit. Es hat einen guten Sinn, von einer Reinigungsfunktion der Wirtschaftskrisen zu sprechen, da tatsächlich die Schlechten und Untüchtigen zuerst fallen. Je länger aber eine Krisis dauert, je tiefer sie wird, desto mehr wird aus der Reinigung einfache sinnlose Zerstörung. Die Theorien vom „Vonselbstausbrennen“ der Wirtschaftskrisis und ihrer „Reinigungsfunktion“ haben auf die deutsche Wirtschaftspolitik der Jahre 1931/32 einen verhängnisvollen Einfluß gehabt.“

Hans Gestrinch, 1934 in
Geldpolitik und Weltwirtschaft.¹²

¹¹ Wolfgang Stützel (Hrsg.): *Zins, Kredit und Produktion*. Tübingen 1952, S. 156 f.

¹² Hans Gestrinch: *Geldpolitik und Weltwirtschaft*. Berlin 1934 (PDF; 7,8 MB), S. 13.